68. Jahrgang № 13. Sonntag, 13. Januar 1924

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 12./1. bis 18./1. 1924 90 Goldpfennig. Einzelnummer 15 Goldpfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 5 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1066 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

August Förster · Flügel u. Pianos

Stammhaus Löbau (Sa.) – Dresden, Waisenhausstr. 8 (Centraltheater-Passage) in höchster Vollendung!

Frankreich untersucht die Pfalz-Vorgänge.

Ausschaltung der deutschen Untersuchungsbehörden.

Im ganzen 32 Geiseln aus der deutschen Bevölkerung verhaftet.

Anklage wegen Hochverrats gegen die „autonome Republik Pfalz".

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Karlsruhe, 12. Jan. Aus Speyer wird dem „Karlsruher Tageblatt" gemeldet: Die französische Militärbehörde hat die Strafverfolgung der Mörder der fünf Separatistenführer den deutschen Behörden aus der Hand genommen und dem französischen Kriegsgericht übertragen. Die Beschuldigung lautet auf Mord und Hochverrat gegen die autonome Republik Pfalz.

Der ermordete Separatistenführer Heinz-Orbis hatte am Vorabend des Mordtages den Vertrag mit der französischen Militärbehörde abgeschlossen, der die Gendarmerie der Pfalz dem französischen Oberkommando unterstellte und damit die letzte noch selbständige Exekutivbehörde der Pfalz den Franzosen ausliefert.

Die Zahl der verhafteten Geiseln war Freitag früh 32, nachdem eine große Anzahl verhafteter Bürger nach Stellung von Kautionen von den Separatisten wieder freigelassen waren. Aus Pirmasens wird gemeldet, daß die dortigen Führer der Separatisten Drohbriefe erhalten haben, so daß sie es vorzogen, Pirmasens zu verlassen.

50000 Franken für Ergreifung der Täter.

Die Täter möglicherweise ins unbesetzte Gebiet entkommen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Mannheim, 12. Jan. Auf die Ergreifung der Speyerer Attentäter hat das Kriegsgericht in Speyer eine Belohnung von 50000 Franken ausgesetzt. In Speyer haben umfangreiche Haussuchungen durch die Separatisten begonnen, wobei französisch-afrikanische Truppen polizeilichen Beistand leisten. Wenn sich zwei aus Schwetzingen und Heidelberg bei Abgang dieses Berichtes vorliegende Meldungen bestätigen sollten, scheint es den Tätern gelungen zu sein, noch in der Nacht zum Donnerstag das unbesetzte Gebiet zu erreichen.

Alba-Poincaré.

Rom, 12. Jan. In einer Besprechung der blutigen politischen Tragödie in Speyer schildert „Giornale d'Italia" das französische Schreckensregiment in der Rheinpfalz, das mit dem Vorgehen des spanischen Herzogs Alba in den Niederlanden verglichen wird. Die bewaffneten separatistischen Banden seien nicht besser als die spanischen Landsknechte. So etwas geschehe in einer Provinz, die urdeutsch sei. Wenn in der Pfalz eine gesetzmäßige Regierung vorhanden wäre, so müßten die Separatisten wegen Hochverrats verurteilt werden. (W. T. B.)

Harte englische Worte gegen Frankreich.

Paris, 11. Jan. Die „Liberté" macht nähere Mitteilungen über den englischen Protest gegen die Vorgänge in der Pfalz. Danach hat sich die englische Regierung nicht mit der Ueberreichung einer einfachen Note begnügt, sondern der französischen Regierung eine eingehende Denkschrift überreicht, die, der „Liberté" zufolge, in außerordentlich harten Ausdrücken gehalten sein soll. England spricht darin von Druck und sogar von Erpressung, der seitens der französischen Behörden im besetzten Gebiet ausgeübt würde. Die Denkschrift wurde vor drei Tagen der französischen Regierung überreicht und von Poincaré im letzten Ministerrat bekanntgegeben.

England schickt einen Kommissar nach der Pfalz.

London, 12. Jan. „Daily Telegraph" meldet, daß die englische Regierung trotz des Einspruchs der französischen Regierung den englischen Generalkommissar in München nach der Pfalz entsandt hat, um die Lage in diesem Gebiete an Ort und Stelle zu prüfen.

Weitere separatistische Pläne.

Ausdehnung der „autonomen Pfalz" auf Mannheim und Heidelberg!

Kreuznach, 12. Jan. In einer Versammlung der „Rheinischen Volksvereinigung" in Kaiserslautern erklärte der „Regierungskommissar" des „Dorten-Kabinetts", Schulte aus Kreuznach, daß er soeben von einer Besprechung mit der „autonomen Pfalz-Regierung" komme, wo über die Ausdehnung des neuen Pfalz-Staates verhandelt worden sei. Er führte wörtlich aus: Die Grenze der Pfalz würde erweitert werden. Die alte Kurpfalz werde wieder erstehen. Das soll also heißen, daß auch Mannheim und Heidelberg in den sogenannten Pfalz-Staat einbezogen werden sollen. Besonders bemerkenswert ist dabei, daß diese Verhandlungen der „autonomen Pfalzregierung" auf Ausdehnung des sogenannten Pfalz-Staates mit Vertretern Dortens geführt wurden. Es bestärkt dies die Meinung, daß Dorten bemüht ist, bei den neuen in Vorbereitung befindlichen separatistischen Aktionen den Anschluß nicht zu versäumen.

Die Erläuterungen zur französischen Antwort.

Die Erklärungen im Pariser und Brüsseler Auswärtigen Amt.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 12. Jan. In den heutigen Vormittagsstunden lag der Text der Antwortnote aus Paris und Brüssel in Berlin noch nicht vor. Er dürfte aber im Laufe des heutigen Tages in Berlin eintreffen. Nach den in Berlin vorliegenden Drahtberichten der deutschen Geschäftsträger in Paris und Brüssel wird der Wortlaut der Noten keine Ueberraschung bringen. Die französische Antwort ist in den meisten Punkten zunächst ablehnend. Es ist aber — und in noch größerem Maße bei der belgischen Note — die Absicht unverkennbar, die Unterhaltung nicht abreißen zu lassen, und auch auf deutscher Seite hofft man, im Wege neuer Verhandlungen in den Hauptfragen, die der Schaffung eines modus vivendi im Ruhrgebiet gelten, weiterzukommen. Der Bericht der Geschäftsträger enthält nichts Näheres über den Inhalt der Noten, sondern bezieht sich auf

die mündlichen Erklärungen,

die in Paris durch den Direktor im Auswärtigen Amt Peretti della Rocca und in Brüssel durch den Außenminister Jaspar den deutschen Vertretern abgegeben worden sind. Wenn nach den Mitteilungen der Pariser Presse die Noten selbst im wesentlichen ablehnenden Charakter tragen, so ist durch die ausführlichen Erklärungen, die besonders in Paris Herrn v. Hoesch dazu gegeben worden sind, dieser negative Charakter etwas abgeschwächt worden. Denn die Besprechung ergab die französische Auffassung, daß die Besprechungen keinesfalls abgeschlossen oder gar abgebrochen seien. Es scheint aber, als ob französischerseits der Reichsregierung ein Vorwurf daraus gemacht werde, daß das deutsche Memorandum sich auf die Frage des Ruhrgebiets beschränkt und es wird demgegenüber unterstrichen, daß diese Fragen nur im Rahmen des ganzen Reparationsproblems lösbar seien.

An sachlichen Konzessionen

werden hauptsächlich solche in bezug auf den Verkehr des besetzten mit dem unbesetzten Gebiete und in bezug auf die Währungsfrage in Aussicht gestellt. Hier soll offenbar die Zulassung der Rentenbank im besetzten Gebiete an ein weiteres Entgegenkommen der Reichsregierung in der Frage der Rheinisch-Westfälischen Goldnotenbank geknüpft werden.

Es wird dann weiter aus Brüssel berichtet, daß in bezug auf die deutschen Beschwerden über die Unzulänglichkeit des Eisenbahnverkehrs im besetzten Gebiete Gegenvorhaltungen gemacht werden, in denen der deutschen Seite eine ungenügende Mitwirkung bei der Durchführung des Regiebabkommens zur Last gelegt wird. In bezug auf die Zollgrenze sollen keine Konzessionen gemacht werden, doch sollen Erleichterungen in Gestalt von Ausfuhrlizenzen auch weiterhin gewährt werden. Die belgische Regierung betont in ihrer Antwort, daß den bürgerlichen Rechten der Einwohner des besetzten Gebietes kein Abbruch getan werden solle, soweit sie sich den Beschränkungen unterwerfen, die die Sicherheit der Besatzungstruppen erfordern.

Im ganzen besteht in Berlin vorläufig der Eindruck, daß nach einer Regelung der ersten und naheliegenden Fragen inbezug auf das besetzte Gebiet die Diskussion zwischen der deutschen Regierung und den Besatzungsbehörden auf eine breitere Basis gestellt werden könne und daß man auf der Gegenseite anscheinend auch bereit ist, die Verhandlungen nicht zu vereiteln, wenn auch die Art, in der der deutsche Schritt aufgenommen wurde, nichts weniger als glatt geschäftsmäßig und einfach ist.

*

Der „Petit Parisien" berichtet heute auf Grund einer Information aus dem Quai d'Orsay, daß die Antwortnote Frankreichs weder in Paris noch von der deutschen Regierung veröffentlicht werden soll.

v. Hoesch überbringt die Note.

Berlin, 12. Jan. Die französische Antwort wird wahrscheinlich von dem deutschen Geschäftsträger in Paris Botschaftsrat v. Hoesch persönlich nach Berlin überbracht werden, ebenso die belgische Antwort durch unseren Geschäftsträger in Brüssel, der morgen oder am Montag hier eintrifft. Die Noten werden, falls keine entgegenstehende Vereinbarung von Frankreich und Belgien verlangt wird, hier sofort nach ihrem Eintreffen veröffentlicht.

Sächsisches Bürgertum!

Heran an die Urnen zur Wahl der Gemeindeverordneten!

Das sächsische Bürgertum steht am morgigen Sonntage vor einer bedeutsamen Entscheidung, die sein Schicksal maßgebend und tiefgreifend zu beeinflussen bestimmt ist; gilt es doch die erste Probe auf die neue Gemeindeverfassung, auf Grund deren die sächsische Bevölkerung zu den Urnen gerufen wird, um ihre Vertreter in der Selbstverwaltung des Landes zu küren. Da heißt es, sich klar zu machen, wie groß der Einsatz ist, der bei dieser Wahl auf dem Spiele steht, um daran den Wert der Stimme jedes einzelnen bürgerlichen Wählers voll zu ermessen und jedem eindringlich ins Bewußtsein zu rufen, wieviel für das Allgemeinwohl davon abhängt, daß er seiner Pflicht als bürgerlicher Gemeindewähler gewissenhaft nachkommt.

Die Körperschaften, die aus den zu wählenden Kandidaten gebildet werden sollen, sind die Kollegien der Gemeindeverordneten. Während früher die Befugnisse der Selbstverwaltung zwischen Bürgermeister, Magistrat und Stadtverordneten verteilt waren, hat die neue Gemeindeverfassung alle Gewalt in die Hände der Gemeindeverordneten gelegt, denen gegenüber es keinerlei selbständige Gemeindebehörden mehr gibt. Auch der Bürgermeister ist nicht mehr ein selbständiger, auf Lebenszeit gewählter Leiter der Gemeinde, sondern ein auf Zeit bestallter, von den Gemeindeverordneten abhängiger Beamter, und das gleiche gilt von den Mitgliedern des Magistrats, soweit ein solcher, wie es zulässig ist, zur Entlastung der Gemeindeverordneten ausnahmsweise gebildet wird. So verfügen die Gemeindeverordneten über eine Machtvollkommenheit, wie sie in einem bürgerlichen Wahlaufrufe treffend dahin gekennzeichnet wird: „Sie können das gesamte Gemeindebeamtentum parteipolitisch knechten und zersetzen".

Und gerade auf dieses Ziel ist die Absicht der Sozialdemokratie gerichtet!

An dieser Stelle wurde gleich im Anfang, als der Entwurf der neuen Gemeindeverfassung herausgekommen war, darauf hingewiesen, daß er durch die Verlegung des administrativen Schwerpunktes in die Kollegien der Stadtverordneten unverkennbar darauf ausgehe, in diesen aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgehenden Versammlungen die sozialistische Vorherrschaft fest zu begründen, um durch die so gewonnene Position die politische Macht im Staate zu sichern oder sie nach deren Verlust aufs neue zu erobern. Diese Auffassung wurde später im Landtage von kommunistischer Seite unter Zitierung der „Dresdner Nachrichten" ausdrücklich als richtig bestätigt. Die Kommunisten haben ja im politischen Kampfe den unleugbaren Vorzug, daß sie über ihre Absichten keinen Schleier zu breiten pflegen, sondern mit einer manchmal geradezu verblüffenden Offenheit mit der Sprache herausrücken. Die Sozialdemokratie aller Schattierungen wird sich in Ausführung dieses Planes mit um so größerem Fanatismus auf die Gemeindeverwaltung stürzen, als die Zeit ihrer Herrschaft in den staatlichen Regierungen und Parlamenten jetzt augenscheinlich vorbei ist. Deshalb ist es für die Sozialdemokratie eine Lebensfrage geworden, sich die Gemeindevertretungen als Sprungbrett zu schaffen und zu erhalten, um sich von dort aus später wieder in die politischen Gefilde hinüberschwingen zu können. Zu dem Zwecke sollen die Körperschaften der Gemeindeverordneten politisiert und parlamentarisiert, d. h. zu sozialistischen Agitationsinstrumenten mitsamt dem ganzen Gemeindebeamtentum zurechtgeknetet werden. Was dabei aus der alten, guten, soliden Selbstverwaltung wird, ist diesen Elementen Hekuba.

Es geht also in Wahrheit um Großes, um die Verhütung der Gefahr, daß die sachliche und fachliche Tüchtigkeit der sächsischen Selbstverwaltung, die blühende Gemeindewesen geschaffen und dadurch den Grund zum Gedeihen des ganzen Staates gelegt hat, in die Niederungen eines Parteitreibens hineingezerrt wird, dessen furchtbare Verwüstungen an nationalen, kulturellen, finanziellen und wirtschaftlichen Werten wir in unserem staatlichen Leben sowohl im Reiche wie in den Ländern fünf Jahre lang genugsam kennengelernt haben. Die sächsische und die deutsche Selbstverwaltung überhaupt konnte nur so groß werden, wie sie es bisher war, weil sie streng die Parteipolitik von dem Felde ihrer Betätigung fernhielt. Das muß auch ferner so bleiben.

Erreicht werden aber kann es nur durch bürgerliche Wahlen.

Jeder Kompromißgedanke muß hier ausscheiden, da er unter den augenblicklichen Verhältnissen eine unverantwortliche, selbstmörderische Schwäche des Bürgertums bedeuten würde, das sich am morgigen Wahltage des Ausspruches des